

Schwerpunkt Integration

Standpunkt des Transatlantic Council on
Migration anlässlich des Treffens
vom 5. – 7. Mai 2010 in Bellagio/Italien

von Demetrios G. Papademetriou und Annette Heuser

Kontakt:

Dr. Christal Morehouse
Senior Project Manager
Programm Integration und Bildung
Bertelsmann Stiftung
Telefon 05241 81-81143
Fax 05241 81-681143
E-Mail christal.morehouse@bertelsmann-stiftung.de
www.bertelsmann-stiftung.de

Übersetzung: Katharina Natter

Inhalt

Einleitung und Kontext.....	3
Wirtschaftskrise und Integration von Zuwanderern.....	3
Öffentliche Meinung und Politik in der Wirtschaftskrise	5
Den politischen Diskurs umschreiben: Auch auf kurze Zeit langfristig denken	6
Intelligent in Integration investieren	7
Integrationsstrategien neu konzeptualisieren	7
Lohnende Prioritäten	9
Schlussfolgerungen und Politikempfehlungen	11

Einleitung und Kontext

Der Integrationsprozess von Zuwanderern ist sowohl komplex als auch kostspielig, denn um erfolgreich zu sein, müssen Integrationsmaßnahmen kontinuierlich evaluiert und an wechselnde Realitäten angepasst werden. Dieser Herausforderung kommen zwei dem Integrationsprozess zu Grunde liegende Widersprüche hinzu: Zum einen verlangt unsere politische Kultur schnelle und greifbare Resultate von öffentlichen Investitionen - der wahre Gewinn einer erfolgreichen Integration wird jedoch nur über Jahrzehnte und mehrere Generationen erkennbar. Zum anderen ist die Mehrheit der Gesellschaft im Grunde nicht zu jener gegenseitigen Anpassung von Aufnahmegeellschaft und Zuwanderern bereit, die im vorherrschenden Diskurs zur Integration als einen Prozess des Entgegenkommens propagiert wird.

Trotz dieser schwer zu vereinbarenden Realitäten müssen Politik und Gesellschaft zu der Erkenntnis gelangen, dass die Konsequenzen der heutigen Integrationsmaßnahmen für Jahrzehnte zu spüren sein werden. Auch wenn die meisten Staaten aktuell mit den Folgen der Wirtschaftskrise zu kämpfen haben (rapide zunehmende Arbeitslosenquoten unter Zuwanderern, Minderheiten und Jugend; hoher Wettbewerb für öffentliche Gelder; Spitzenwerte der Xenophobie), ist es in Anbetracht der kontinuierlichen und wachsenden Nachfrage von Zuwanderern in unseren demographisch alternden Gesellschaften somit keine Option, Integrationsmaßnahmen zurückzufahren.

Das Ziel des internen Meetings des Transatlantic Council on Migration im Mai 2010 war es, den Fokus inmitten der anhaltenden Wirtschaftskrise zurück auf die Integration der Zuwanderer als einen kontinuierlichen und interaktiven Prozess zu lenken. Die Teilnehmer haben sich der kritischen Frage zugewendet, wie trotz widersprüchlicher Entwicklungen – einem wachsenden Integrationsbedürfnis und einem schrumpfenden Budget - intelligent in Integration investiert werden kann. Um dieser Frage nachzugehen, hat der Council Schlüsselfiguren aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zusammengeführt, die gemeinsam über die besten Investitionsmöglichkeiten in diesem Bereich beraten haben.

Wirtschaftskrise und Integration von Zuwanderern

Die Wirtschaftskrise der letzten Jahre hat sich vor Allem durch die Vielfältigkeit ihrer Auswirkungen ausgezeichnet: Arbeitslosigkeitsquoten zum Beispiel variieren von 3 Prozent in Norwegen bis hin zu 20 Prozent in Spanien. Manchen Zuwanderungsgruppen ist es in der Wirtschaftskrise besonders schlecht ergangen - so etwa Männern (die das Abbauen von Arbeitsplätzen im Produktionssektor widerspiegeln), der Jugend (die zu jeder Zeit die labilste Gruppe am Arbeits-

markt darstellt) und Minderheiten (insbesondere aus Afrika stammende) – doch in manchen OECD Ländern haben sich Zuwanderer deutlich besser mit der Krise zu Recht gefunden als Einheimische. Außerdem ist hervorzuheben, dass zugewanderte Frauen in der aktuellen Situation besser abgeschnitten haben als Männer, da sie überproportional im wachsenden Gesundheits- und Pflegesektor vertreten sind.

Die von der Wirtschaftskrise besonders betroffenen Arbeitnehmer, also jene, die nur eine befristete Arbeitserlaubnis besitzen oder irregulären Berufen nachgehen, waren immer als ein flexibles Ventil am Arbeitsmarkt willkommen, dank dem man die sinkende Nachfrage nach Arbeitsplätzen leicht regulieren konnte. In manchen Ländern war diese Gruppe von Arbeitnehmer stets dazu bereit, den Arbeitsort und –Sektor zu wechseln, um sich an die neuen Gegebenheiten anzupassen. Doch die gewohnte Flexibilität dieser Arbeitnehmerströme hat sich in der letzten Wirtschaftskrise nicht bewahrt: Diejenigen, die kein explizites Rückkehrrecht besaßen (irreguläre Zuwanderer und EU Bürger mit befristeten Arbeitseinschränkungen), entschieden sich - entgegen der Erwartungen von Wirtschaft und Politik - mehrheitlich auch in den härtesten Zeiten der Wirtschaftskrise, in Europa zu bleiben. Diese unerwartete Erkenntnis spricht demnach für den Wandel hin zu einer größeren Flexibilität sowohl am Arbeitsmarkt, als auch in den Zuwanderungssystemen, so dass eine Anpassung an die Konjunkturflektuationen in Zukunft besser gewährleistet werden kann.

Die zukunftsorientierten Analysen des Councils heben auch hervor, dass politische Entscheidungsträger auf weitere Budgetkürzungen vorbereitet sein müssen. Nationale und subnationale Budgetkrisen sind noch nicht überbrückt; eine nachhaltige und großflächige Arbeitsplatzschaffung ist ebenfalls notwendig, damit die Arbeitslosenquote nicht das Niveau der Krise von 1929 erreicht. Es ist außerdem zu erwarten, dass sich die Wirtschaftsstrukturen in Zukunft spürbar ändern werden, da viele Arbeitgeber im Produktionssektor von nun an qualifiziertere Arbeitnehmer einstellen werden (ein Resultat der Kapitalanlagen und anderen Anpassungen im Bereich der Produktionsprozesse während der Krise) und das Baugewerbe einen geringeren Teil auf britischen, amerikanischen, irischen und spanischen Arbeitsmärkten einnehmen wird.

Was bedeuten diese Veränderungen durch die Wirtschaftskrise für Zuwanderer am Arbeitsmarkt? Wie schon dargelegt, betrifft die Arbeitslosigkeit vor Allem die jungen Arbeitnehmer aus Minderheiten und Zuwanderern. Somit ist die Gefahr einer grundlegenden und langanhaltenden wirtschaftlichen Narbenbildung in erster Linie bei jenen Bevölkerungsgruppen groß, die bei ihrem Versuch, in den Arbeitsmarkt einzutreten oder einen Jobwechsel durchzuführen, starke Benachteiligung bei Einkommen und Mobilität im Vergleich zu einheimischen Arbeitskräften zu spüren bekommen. Jedoch ist momentan wenig Motivation von Seitens der Politik zu spüren, mittels Investitionen diese Kluft zu überbrücken. Ganz im Gegenteil erhöhen das Zurückschrauben von wirtschaftlich anregenden Investitionen und die wachsende Unruhe in manchen Ländern bezüglich der öffentlichen Schulden die Wahrnehmung, dass Zuwanderer mit Einheimischen um jene

schrumpfenden, öffentlichen Gelder konkurrieren müssen, die dafür gedacht sind, die Konsequenzen der Wirtschaftskrise für Arbeitnehmer und Familien abzdämpfen.

Öffentliche Meinung und Politik in der Wirtschaftskrise

Die öffentliche Meinung zu Zuwanderung verläuft weder linear, noch ist sie einfach zu skizzieren. Auch wenn die Krise bis dato noch nicht zu drastischen, negativen Reaktionen geführt hat, so hat sich der politische Diskurs doch merklich verschärft. Hinzu kommt, dass jene politischen Parteien, die sich explizit skeptisch gegenüber Zuwanderung zeigten, nennenswerten Zuwachs verbuchen konnten und durch dieses Thema in manchen Fällen sogar zum Wahlsieger geworden sind. Die wachsende xenophobe Stimmung in manchen Ländern wird durch die Tatsache unterstützt, dass der Zuwanderung abgeneigte Meinungen immer intensiver propagiert werden als jene, die ihr positiv gestimmt sind. So betrachten in den USA zum Beispiel 80 Prozent der Gesellschaft illegale Einwanderung als ein Problem, und drei Viertel bezeichnen es als ein „sehr ernstes“. In Großbritannien verlangen 77 Prozent der Bevölkerung, dass die Netto Einwanderung zurückgehen oder dass Einwanderung zur Gänze verboten werden sollte.

Die öffentliche Meinung bezüglich Zuwanderung ist von Widersprüchlichkeit gekennzeichnet: Wähler können gleichzeitig gegen eine Reform sein und doch den Status Quo als nicht aushaltbar bezeichnen. Ebenso können sie von den Vorteilen legaler und illegaler Einwanderung profitieren und von anderen erwarten, mit dessen negativen Konsequenzen zu Recht zu kommen. Dieses Paradox der gesellschaftlichen Angst vor Zuwanderung steht im Zentrum der politischen Herausforderung. Jedoch ist diese Angst in Wahrheit keine Angst vor den Zuwanderern, sondern vor dem beschleunigten sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Wandel der Gesellschaft und dem dazugehörigen Gefühl des Kontrollverlusts, zu dem Einwanderung maßgeblich beiträgt. Die Zusammensetzung aktueller Migrationsströme, sowie die Wahrnehmung von „Distanz“ und „Unterschied“ tragen weiter zu diesem Unbehagen bei.

Gesellschaftliches Verhalten könnte besser gehandhabt werden, wenn politische Entscheidungsträger es verstünden, die öffentliche Meinung zu schärfen und deren Ängste zu entschärfen, zum Beispiel durch die Klarstellung, dass Arbeitsmigration nur als Antwort auf die Bedürfnisse des heimischen Arbeitsmarktes und als Wettbewerbs- und Wirtschaftswachstumsmaßnahme stattfindet. Die Herausforderung ist es hierbei, klare und strenge Auswahlkriterien für Zuwanderung als Lösung darzustellen, um Einwanderung als den wirtschaftlichen und sozialen Gewinn zu sehen, der sie ist, und nicht, so wie meist (und manchmal korrekterweise), als Belastung und Bedrohung.

Zu diesem komplexen Thema kommt hinzu, dass in den meisten Einwanderungsländern Diskrimination immer noch auf der Tagesordnung steht, unabhängig von der Wirtschaftskrise. Dies ist insbesondere bedenklich, als die Minderheiten diese Diskriminierungen oft keine Anzeige stellen, da

die Meinung vorherrscht, dies würde nichts ändern. Dieses Niveau an Resignation unter Minderheiten und Zuwanderern zeigt auf, dass sie selbst das öffentliche Verhalten gegenüber sichtbaren Unterschieden als zu tief in der Gesellschaft verankert ansehen, um Wandel herbeizuführen.

Wie kann jedoch der Einfluss der öffentlichen Meinung auf Politik gewertet werden? Viele rechtspopulistische Politiker haben den Diskurs des „clash of civilizations“ bedient, um manche Zuwanderungsgruppen als nicht assimilierbar darzustellen und die nationale Identität auf eine gemeinsame Geschichte und Blutsbande zu reduzieren. Es ist jedoch nicht leicht festzustellen, wie sehr jene rechtspopulistischen Gruppen auf Grund von Angst schürenden Diskursen zur Arbeitsplatzknappheit Zulauf gewinnen oder wie sehr dieser Diskurs einer schlaunen, wenn auch kurzfristigen politischen Strategie entspricht. Es ist jedoch klar erkennbar, dass manche Mainstream Politiker im Angesicht des Kontrollverlusts bezüglich der wirtschaftlichen und finanziellen Krise wenigstens auf einem Feld punkten wollen: Zuwanderungsbegründeten sozialen Wandel. Dies ist unter anderem leicht im US Staat Arizona mit seinem neuen Einwanderungsgesetz erkennbar, sowie unter den neuesten Aussagen des Führungskandidaten der britischen Labour, Ed Balls.

Den politischen Diskurs umschreiben: Auch auf kurze Zeit langfristig denken

Während die Wirtschaftskrise Regierungen beschäftigt, müssen auch weniger sichtbare, langfristige Trends und Bedürfnisse in öffentliches Denken mit einbezogen werden. Der demographische Wandel und eine alternde Arbeitsbevölkerung sind momentan auf Kollisionskurs mit der hohen Lebensqualität und den sozialen Absicherungen des modernen Lebens. Deswegen ist es grundlegend, sich voll und ganz auf die Bedürfnisse und Reformen des Arbeitsmarktes zu konzentrieren, um durch eine Kombination aus folgenden politischen Aktionen kontinuierlich Wohlstand und Wachstum zu fördern:

- Frauen (und anderes ungenutztes Arbeitspotenzial wie beispielsweise Zuwanderer) zur Arbeit zu ermutigen;
- das Arbeitsleben zu verlängern;
- die Produktivität durch bessere Aus- und Weiterbildung zu erhöhen;
- reguläre Einwanderungsquoten anheben.

Dies zu verwirklichen ist besonders in Zeiten von wirtschaftlicher Unsicherheit und hoher Arbeitslosigkeit schwer.

Wie kann demnach ein neuer politischer Diskurs, grundlegend für ein soziales Umdenken in Bezug auf Zuwanderung, geschrieben und eingeleitet werden? Der aktuelle, auf Abschiebung konzen-

trierte Diskurs, hat eine große Resonanz in der Gesellschaft, jedoch verkennt er die Komplexität des Problems und verspricht mehr, als er halten kann. Das Resultat ist ein tiefgreifendes Misstrauen der Gesellschaft gegenüber der Politik. Es ist aus diesem Grund wesentlich, einen neuen Diskurs zur Zuwanderung einzuläuten, der auf Fakten gestützt ist und einen realistischen Weg in die Zukunft weist. Der Council ist davon überzeugt, dass ein auf Integration von Zuwanderern gestützter Ansatz am realisierbarsten und vielversprechendsten für die Zukunft ist.

Intelligent in Integration investieren

Genauso wie die Krise Länder auf unterschiedliche Weise und mit variierender Schlagkraft getroffen hat, waren auch die Konsequenzen auf die Regierungsbudgets – und die finanzpolitischen Reaktionen der Regierungen – verschieden. Während einige Länder ihre Ausgaben für Integrationsmaßnahmen neu Zugewanderter drastisch gekürzt haben, haben andere die Ausgaben für Sprachkurse und Arbeitsmarktintegration verdoppelt. Unabhängig jedoch von ihren ersten Reaktionen, ist eines klar: Der Großteil der finanziellen Einsparungen auf beiden Seiten des Atlantiks steht noch bevor. Regierungen – auf nationaler, regionaler und städtischer Ebene – werden nach mehr und mehr Einsparungsmöglichkeiten suchen.

Integrationspolitik kann diesen Maßnahmen leicht zum Opfer fallen. Der Druck, öffentliche Ausgaben in erster Linie in Einheimische zu investieren, ist hoch und wird noch zunehmen. Jedoch wird der Mangel an Investment in Zuwanderer und deren Familien in solch einer kritischen Phase langfristige und tiefgreifende Konsequenzen auf Wirtschaft und Gesellschaft haben. Einfach gesagt: Regierungen können es sich weder leisten, eine „Beggary thy neighbor“-Politik mit den öffentlichen Geldern zu führen, noch ist es sinnvoll, bei Integrationsmaßnahmen zu sparen, da für einen wirtschaftlichen Aufschwung starke und gut vorbereitete Arbeitskräfte unabdingbar sind.

Nichtdestotrotz muss intelligent investiert werden. Wie in den nachfolgenden Strategien beschreiben, vertritt der Council die Auffassung, dass die Prioritätensetzung des limitierten Budgets und die Strukturierung von Reformen, sowie die Art und Weise, wie diese Änderungen kommuniziert werden, genauso wichtig sind wie die Politik selbst, die mit diesen Maßnahmen verfolgt wird.

Integrationsstrategien neu konzeptualisieren

Ein neues Einwanderungssystem

Ein neuer, an Fakten orientierter Diskurs zur Rolle der Zuwanderung in modernen Gesellschaften, sowie die dazugehörigen politischen Entscheidungen, ist notwendig, um die oft dramatische Diskrepanz der Errungenschaften zwischen Einheimischen und Zuwanderern zu verringern. Von

Bildung und Arbeitslosenquoten bis hin zu Gehalt und Mobilität, diese Unterschiede sind in vielen Ländern hoch. Doch gut geplante und ausgeführte Einwanderung kann auf beiden Seiten des Atlantiks ein zentrales Element für die wirtschaftliche Zukunft sein, sowohl in konjunkturell schwachen als auch starken Zeiten. Deshalb ist es wichtig, kontinuierlich in Anti-Diskriminierungsmaßnahmen zu investieren und die betroffenen Gruppen über ihre Rechte zu informieren. Auf der anderen Seite muss die Politik jedoch auch offen und ehrlich die Ängste der Einheimischen bezüglich der Konsequenzen von Zuwanderung ansprechen.

Allgemeine Dienstleistungen

Auch wenn die meisten Zuwanderer in Zeiten des Konjunkturabschwungs verletzbarer sind, so sind sie doch – vor allem was Aus- und Weiterbildung betrifft - den gleichen Herausforderungen gestellt wie einheimische Minderheiten. Während manche Dienstleistungen und Programme speziell auf die Bedürfnisse der Einwanderer zugeschnitten sind, sollte der Trend hin zur Öffnung dieser Förderungsprogramme für alle jene gehen, die sie brauchen. Zum Beispiel könnten die Bedürfnisse von Kindern Zugewanderter in die allgemeinen Schulreformen mit einbezogen werden, um Schulen verantwortlich für die Erfolge von Einwanderern zu machen und so bessere Resultate zu erzielen. Diese integrationspolitischen Bemühungen können auch politisch relativ unbemerkt geschehen und so der öffentlichen Kritik, es würde zu viel Geld in Integration gesteckt, entkommen. Um sicher zu stellen, dass die Finanzierung von Integrationsmaßnahmen nicht in größeren Vorhaben verloren geht, müssten außerdem verantwortliche Strukturen geschaffen werden, die Ressourcen fair und effizient vergeben.

Wille und Potenzial zur Anpassung

Regierungen müssen innovativen Lösungsansätzen und Erfahrungen anderer Länder offener entgegenzutreten. Es ist grundlegend, in Vermittlungsstellen zu investieren, die Ideen und Projekte auf ihre Effektivität evaluieren und feststellen können, wie diese auf andere Kontexte übertragbar sein können. Regierungen müssen außerdem anfangen, einen Fortschritt bei der Bemessung des Einflusses ihrer Programme auf benachteiligte Gruppen zu machen und anschließend fähig zu sein, ihre Projekte zu adaptieren. Dies bedeutet, Projekte von Anfang an flexibel zu gestalten und so anzulegen, dass es privaten und öffentlichen Trägern ermöglicht wird, ihre Strategien im Lichte der festgestellten Veränderungen und der neuen Erkenntnisse anzupassen.

Lohnende Prioritäten

Früh investieren

Zu oft wird das Humankapital der Zuwanderer in den ersten Etappen ihrer Integration, wenn deren Ausbildung, Talente und Arbeitserfahrungen noch am frischesten und einsetzbarsten sind, unnötig verschwendet. Eine frühzeitige Intervention in die wirtschaftliche Integration von Zuwanderern – durch Orientierungskurse, Sprachprogramme, dem gezielten Erkennen und Fördern von Talenten und der Hilfestellung bei Informationen zum Arbeitsmarkt – kann einen ersten Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern. Dieser Ansatz, der auf mitgebrachtes Können aufbaut, kann langfristig profitabel sein, auch wenn der Aufenthalt des Betroffenen im Land schlussendlich nur kurz ausfällt. Für diejenigen, die nach Hause zurückkehren, kann dieses Investment außerdem eine erneute Auswanderung verhindern, indem individuell bessere Möglichkeiten geschaffen werden.

Den Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern

Eine erfolgreiche langfristige Integration von Zuwanderern hängt von den Einwanderungsbestimmungen und dem Arbeitsmarktzugang eines jeden Landes ab. Dies gilt für alle Einwanderer, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft oder Generation. Folgende politische Richtlinien sind erfolgversprechend:

- Individualisierte Bewertung

Es kann hilfreich sein, die gerade angekommenen Zuwanderer bezüglich ihrer Qualifikationen, Talente und Sprachkönnen zu interviewen, um somit die effektivsten Zusatzausbildungen zu ermitteln und einen raschen Einstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Während solche Bewertungen für jene Länder, die bereits über solche Systeme für Einheimische verfügen und nur wenige Einwanderer haben, einfach durchzuführen sind, so bedarf dieses Konzept in anderen Fällen sorgfältiger Nachahmung.

- Ausbildungs- und Gehaltförderungen

Programme, die dazu gedacht sind, Zuwanderern eine Arbeitserfahrung und gleichzeitig Arbeitgebern eine Bewertung derer Talente zu ermöglichen, sind ein wertvolles Instrument jeder Integrationspolitik. Solche Programme, die auf jene ausgerichtet sind, die in den Arbeitsmarkt eintreten wollen, sind außerdem sowohl für Zuwanderer als auch Einheimische relevant.

- Berufliches Training

Viele Zuwanderer kommen mit Talenten und Erfahrungen an, die gerade am Arbeitsmarkt benötigt werden, jedoch überbrückende Trainings benötigen, um dieses Können auch im Aufnahmeland anwenden und auf die Bedürfnisse des hiesigen Arbeitsmarkts reagieren zu

können. Regierungen und Arbeitgeber müssen diese Zuwanderer gleichermaßen in Programme einbinden, um auf diesen Talenten aufbauen zu können.

Talente optimal wahrnehmen

In Anerkennungssysteme für ausländische Qualifikationen und Arbeitserfahrungen zu investieren und diese weiterzuentwickeln, ist entscheidend – jedoch ist auf diesem Feld kein Land aktiv tätig. So entsteht eine systematische „Unterlastung“ von ausländischen Talenten auf den Arbeitsmärkten auf beiden Seiten des Atlantiks. Nicht nur würde ein Investment in gemeinsame Standards zur Anerkennung von Qualifikationen einen Skaleneffekt für Regierungen darstellen, auch wäre dies die beste Möglichkeit, existierende Potentiale am Arbeitsmarkt voll auszuschöpfen.

Die Zivilgesellschaft und den Privatsektor involvieren

Erfolgreiche Kooperationen zwischen privatem und öffentlichem Sektor zur Weiterentwicklung von ausländischen Talenten können ein Multiplikator für öffentliche Budgets werden, indem bessere Resultate erzielt und gleichzeitig Kosten geteilt werden. Außerdem kann die Partnerschaft mit der Zivilgesellschaft in einfallsreichen Formaten den Prozess der Integration erleichtern und den Ansatz eines gesellschaftlichen Komplettpakets vervollständigen, das im Zentrum einer erfolgreichen Integration steht. Somit kann auch auf den Diskurs zur Migration Einfluss genommen werden. Wenn Regierungen mit Zivilgesellschaft und Privatsektor Hand in Hand zusammenarbeiten, kann die soziale und wirtschaftliche Integration von Zuwanderern erleichtert und gleichzeitig Diskriminierung und Xenophobie abgeschwächt werden.

Priorität auf die nächste Generation

Intelligente Investments in Bildung von Kindern Zugewanderter kann einen Multiplikatoreffekt hervorrufen und das Heranwachsen einer „verlorenen Generation“ vermeiden. Prioritäten sollten vor allem auf frühkindliche Entwicklung, elterliches Engagement und die Qualität der Lehrer gesetzt werden, im Spezifischen:

- Qualität der Lehrer

Länder müssen in erster Linie den Lehrerstatus in der Gesellschaft erhöhen und den besten Lehrer die Aufgabe anvertrauen, jene Kinder zu betreuen, die die größten Schwierigkeiten haben. Dies ist ein Ansatz, der nicht mehr Ressourcen benötigt, sondern die existierenden Potentiale intelligent verteilt.

- Unterrichtsinhalt

Unterrichtsinhalte sollten sowohl auf die Bedürfnisse der Gesellschaft, als auch auf jene von zugewanderten Kindern eingehen und somit zu einem Gleichgewicht kommen. So wie bei den meisten Aspekten der Integration ist auch hier ein gegenseitiges Entgegenkommen ge-

fragt: Kinder müssen in die Kultur des Aufnahmelandes integriert werden, jedoch sollten Unterrichtsinhalte auch auf die spezifischen Bedürfnisse, Talente und Werte von Zuwandererkindern eingehen. Außerdem sollte der Unterrichtsstoff das Erlernen der Sprache mit Inhalten verknüpfen, so dass nicht muttersprachliche Kinder im Curriculum nicht hinten anstehen.

- Schwerpunkt auf Talente legen

Außerdem sollten innovative Methoden erfunden werden, um sich besser auf Berufs- und Ausbildungen zu konzentrieren, so dass Schüler nach ihrem Abschluss jene Qualifikationen besitzen, die sie benötigen, um am Arbeitsmarkt erfolgreich zu sein.

Schlussfolgerungen und Politikempfehlungen

Auch wenn die globale Wirtschaftskrise für Staaten fast überstanden ist, so geht sie für Familien und Gesellschaften weiter und könnte sich auch verstärken, falls stimulierende Finanzierungen abgezogen würden. Der Transatlantic Council on Migration betont deshalb nicht nur die kritische Rolle von Integration bei der Überbrückung der Krise durch Familien, sondern auch die Rolle von intelligenten Integrationsinvestments für die Zeit nach der Krise, in der Einwanderungsländer vermehrt in Konkurrenz um internationale Talente stehen.

Der Council ermutigt deshalb Regierungen dazu, nachhaltige und fokussierte Investments in fünf Schlüsselsektoren zu machen:

- Frühe und nachhaltige Integrationsinvestments bei Sprachtraining;
- Verbesserung des Zugangs Neuzugewanderter zum Arbeitsmarkt, zum Beispiel durch Berufstraining und Talente-Brücken-Programme;
- Optimierung bei der Anerkennung von Qualifikationen und Arbeitserfahrungen;
- Fokussierung auf die zukünftige Generation durch Verbesserung der Ausbildung für die Kinder Zugewanderter;
- Miteinbeziehung von oft übergangenen Akteuren so wie Zivilgesellschaft und Privatsektor in allen Aspekten der Integration.

Eine Umgestaltung der Einwanderungspolitik auf Grundlage eines positiven, faktenorientierten politischen Diskurses ist der erste notwendige Schritt hin zur realistischen Umsetzung dieser Ziele. Gleichzeitig kann nur eine erhöhte Flexibilität und Anpassungsfähigkeit der Integrationssysteme von Zugewanderten, sowie das Fokussieren auf alle benachteiligten Gruppen in der Gesellschaft, die Wirksamkeit dieser Bemühungen verbessern.